

Dämpfer für Zentralbahn

Ein Anwohner zieht gegen den Bau der Doppelspur bei Hergiswil vor Bundesverwaltungsgericht. 28

Autofahrer begrüssen Tiefbahnhof

Luzern Die Mitglieder der TCS-Sektion Waldstätte wollen den öffentlichen Verkehr fördern. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage. Mehr Tempo-30-Zonen und höhere Parkplatzgebühren kommen indes nicht in Frage.

Alexander von Däniken
alexander.vondaeniken@
luzernerzeitung.ch

Fahren Kanton und Stadt Luzern auf dem Holzweg oder gibt es verkehrspolitische Hoffungsschimmer? Das will die TCS-Sektion Waldstätte genau wissen. Zusammen mit dem Umfrageinstitut Demoscope hat sie im Frühling unter ihren gut 60 000 Mitgliedern in Luzern, Nid- und Obwalden eine Umfrage durchgeführt. Die 2161 Antworten sind gemäss Werner Reimann, dem Umfrageverantwortlichen bei Demoscope, repräsentativ für die Mitglieder der TCS-Sektion Waldstätte, zumal die Ergebnisse mit der tatsächlichen Mitgliederstruktur gewichtet worden seien.

Die Resultate, die unserer Zeitung exklusiv vorliegen, überraschen. 77 Prozent der TCS-Mitglieder sprechen sich zum Beispiel für die Förderung des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Luzern aus. Allerdings sollen gleichzeitig auch die Autos gegenüber dem ÖV sowie dem Velo- und Fussverkehr nicht benachteiligt werden (74 Prozent, siehe Grafik).

Drei Viertel wollen an Ampel weniger lang warten

Auch befürworten die TCS-Mitglieder den Bau zusätzlicher Velowege (63 Prozent) und Busspuren (61 Prozent). Von den verkehrspolitischen Massnahmen am meisten Zuspruch erhält die Reduktion der Wartezeiten an Verkehrsampeln (73 Prozent). Am unpopulärsten sind der Ausbau von Tempo-30-Zonen (68 Prozent Ablehnung) und höhere Parkplatzgebühren (84 Prozent).

Was die anstehenden Grossprojekte betrifft, ist jeweils eine Mehrheit für den Bypass, welcher die Stadtautobahn entlasten soll (81 Prozent), für den dazugehörigen Autobahnzubringer Spange Nord (76 Prozent) und sogar für den Tiefbahnhof (73 Prozent).

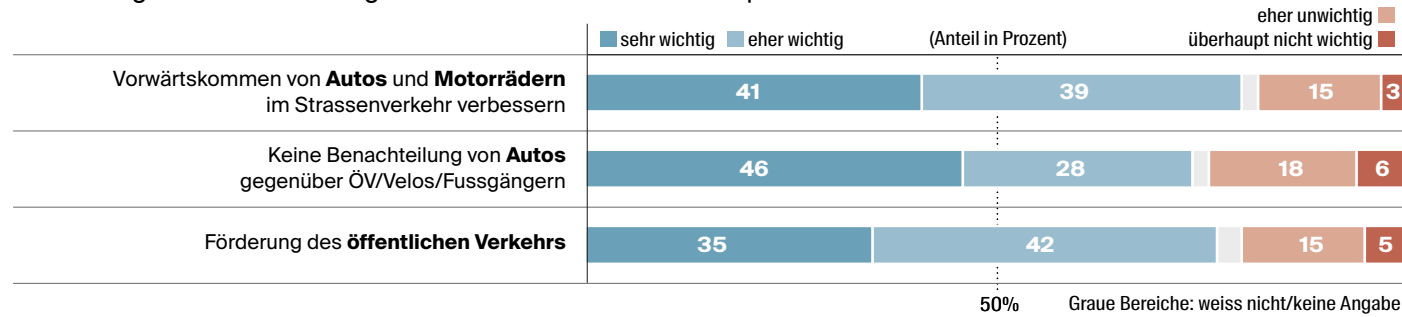
Peter Schilliger, Präsident der TCS-Sektion Waldstätte, sieht sich in der Meinung des Vorstands bestätigt: «Es geht nicht um die Bevorzugung eines Verkehrsträgers, sondern darum, den vorhandenen Platz allen Verkehrsteilnehmern bestmöglich zur Verfügung zu stellen.» Geschäftsführer Alexander Stadelmann ergänzt, dass der TCS zwar nach aussen als Autolobby bezeichnet werde, «aber die wenigsten Mitglieder ausschliesslich mit dem Auto oder Töff unterwegs sind».

Mehr Platz für alle Verkehrsteilnehmer: Wie soll das gehen? FDP-Nationalrat Schilliger verweist auf die Idee eines Grosskreises in der Luzerner Neustadt: «Der Einbahnbetrieb würde allen Verkehrsmitteln gerecht werden.» Der Zeitpunkt für die Umfrage, die weniger als 10 000 Franken gekostet hat, habe nichts mit aktuellen Themen wie der Parkhausfrage zu tun, so Schilliger: «Wir wollen einfach den Puls der Mitglieder fühlen.»

Umfrage bei TCS-Mitgliedern der Sektion Waldstätte

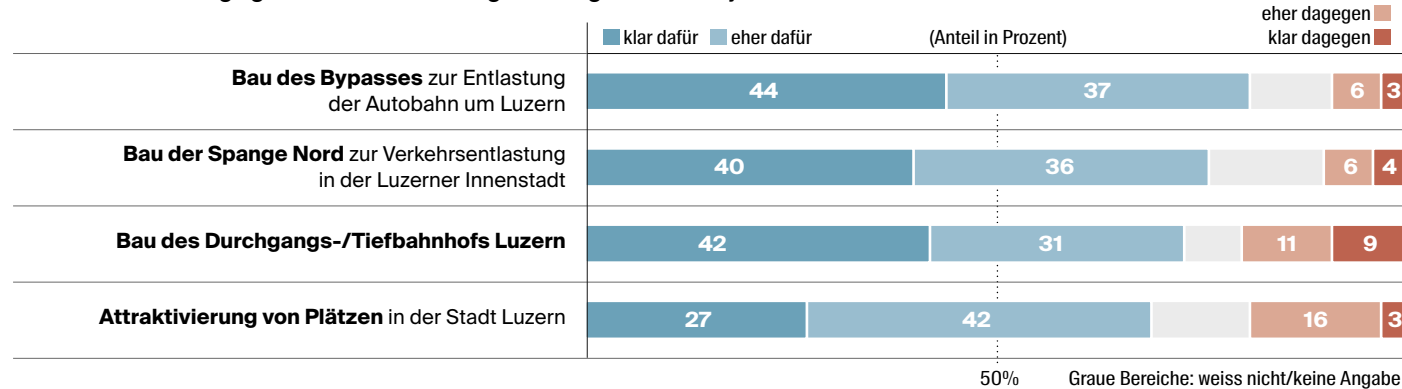
Verkehrspolitik in der Stadt Luzern

Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Elemente der Verkehrspolitik in der Stadt Luzern?



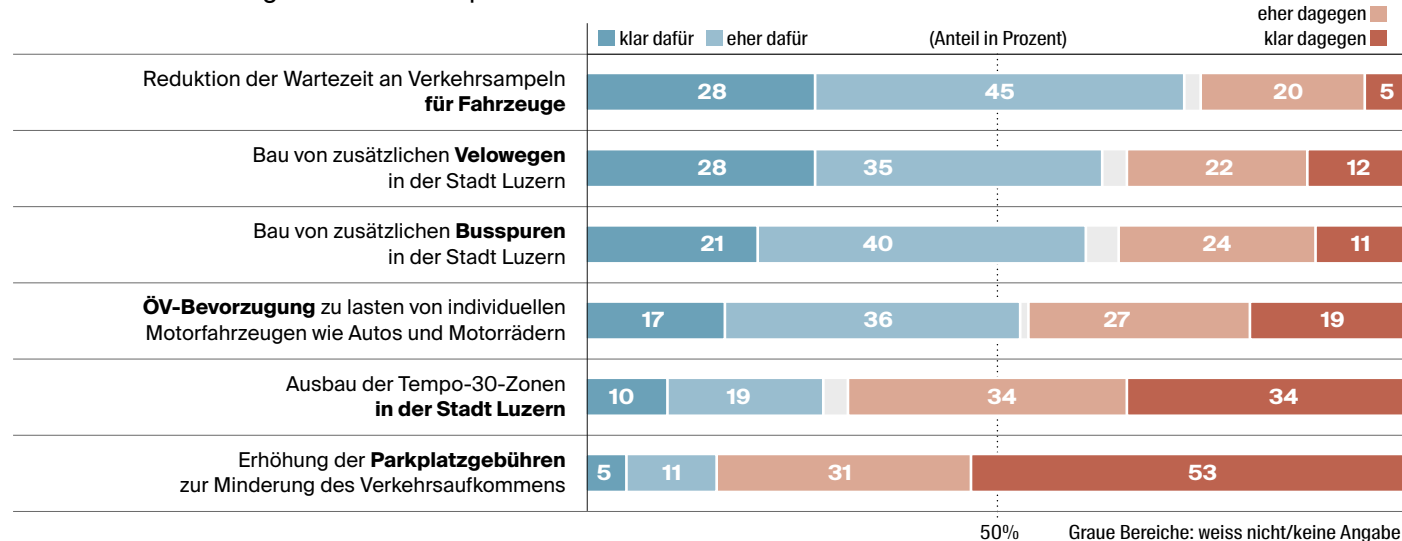
Konkrete Projekte

Sind Sie für oder gegen die Realisierung der folgenden Projekte?



Konkrete Massnahmen

Wie stehen Sie zu folgenden verkehrspolitischen Massnahmen?



Quelle: TCS Waldstätte, Umfrage bei 2161 Mitgliedern; Grafik: Oliver Marx

«Es geht darum, den vorhandenen Platz allen Verkehrsteilnehmern zur Verfügung zu stellen.»



Peter Schilliger
Präsident TCS Waldstätte

Ergebnisse finden Anklang

Reaktionen Die Umfrageergebnisse der TCS-Sektion Waldstätte stossen beim VCS auf offene Ohren. Michael Töngi, Präsident von VCS Luzern, erklärt auf Anfrage: «Interessant ist, dass selbst unter den TCS-Mitgliedern die Förderung des öffentlichen Verkehrs gleich stark gefordert wird wie das Vorwärtkommen der Autos. Auch die Schaffung von Busspuren und Velowegen wird befürwortet. Selbst die Bevorzugung des ÖV gegenüber dem Auto erhält mehr Zustimmung als Ablehnung!»

Dies zeige, dass die Verkehrspolitik der Stadt Luzern selbst von den TCS-Mitgliedern mehrheitlich unterstützt werde – ganz im Gegensatz zur Verbandsspitze, die oft auf Konfrontationskurs

gegenüber der Stadt Luzern geht», so Töngi.

«Zeigt, dass wir auf richtigem Weg sind»

Regierungsrat Robert Küng (FDP) erklärt zur Umfrage: «Eine überwiegende Mehrheit der Befragten spricht sich für die Spange Nord und für den Bypass aus. Dasselbe gilt für den Bau des Durchgangsbahnhofs. Dies zeigt, dass wir mit unserer kantonalen Verkehrspolitik auf dem richtigen Weg sind und unsere Strategie bezüglich dem motorisierten Individualverkehr sowie dem öffentlichen Verkehr durch die Bevölkerung bestätigt wird.» Mit der Spange Nord und dem Durchgangsbahnhof gehe der Kanton das künftige Mobilitätswachstum

gesamtheitlich an. «Ein Vorgehen, welches nun auch durch die vom TCS durchgeführte Umfrage klar bekräftigt wird.»

Auch der **Stadtluzerner Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** (Grüne) findet die hohe Zustimmung für ÖV-Massnahmen wie den Durchgangsbahnhof erfreulich. «Ob hier primär pragmatische Argumente – Mobilitätswachstum ist nur so zu bewältigen – oder teils auch Eigeninteressen Autofahrender – Strasse wird entlastet – ausschlaggebend sind, spielt keine Rolle. Wir streben einen besseren Verkehrsfluss an: Mit dem Gesamtverkehrskonzept, das wir zusammen mit dem Kanton, dem Verkehrsverbund und Luzern Plus entwickelt haben und umsetzen.» (avd)

Regierung gegen Abberufung durch Stimmvolk

Vorstoss Die Luzerner Kantonsregierung ist dagegen, eine Abberufungsinitiative von Parlament und Regierung wieder einzuführen. Ein solches Verfahren wäre zu aufwendig und würde zu lange, schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme auf eine entsprechende Motion von Kantonsrat Hans Stutz (Grüne). Er empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Stutz wollte mit seinem Vorstoss die Luzerner Kantonsverfassung so ändern, dass Kantons- und Regierungsrat abgewählt werden könnten, um damit schnell politisch auf ausweglos erscheinende Zustände reagieren zu können. Die Anordnung von Neuwahlen von Regierungsrat und Kantonsrat soll erfolgen, wenn dies von 5000 Stimmberechtigten verlangt wird bei einer Sammelfrist von 90 Tagen.

Regierung: Notbremse aus dem 19. Jahrhundert

Der Regierungsrat hält in seiner Antwort ans Parlament fest, die Volksinitiative auf Abberufung des Kantonsparlaments sei eine aus dem 19. Jahrhundert stammende institutionelle Notbremse. «In der heutigen Zeit liessen sich kaum Umstände vorstellen, welche die Abberufung des gesamten 120-köpfigen Parlaments vor Ablauf der ordentlichen Legislatur rechtfertigen könnten.» Volksinitiativen und Referenden stellen die demokratische Mitsprache sicher. Zudem fänden alle vier Jahre Wahlen statt.

Auslöser für die Motion von Kantonsrat Hans Stutz war die Abstimmung über die Erhöhung des Steuerfusses. 54 Prozent der Stimmberechtigten sagten am 21. Mai letzten Jahres Nein. Eine Nachwahlbefragung ergab, dass höhere Steuern aus Protest gegen die kantonale Finanzpolitik abgelehnt wurden. Trotzdem lasse sich der Regierungsrat nicht vom eingeschlagenen Kurs abbringen, kritisierte Stutz (Ausgabe vom 9. September 2017). (sda/cgl)

Bankräuber samt Komplizen gefasst

Fahndungserfolg Die Überfälle auf einen Tankstellenshop in Geunsee und eine Filiale der Luzerner Kantonalbank in Sursee im Mai 2018 sind geklärt. Der mutmassliche Haupttäter sei Ende August im Kanton Luzern festgenommen, teilt die Staatsanwaltschaft mit. Es handelt sich um einen 40-jährigen Mann aus Italien. Im Zuge der Ermittlungen fasste die Polizei zudem vier Komplizen – Kosovaren im Alter von 27, 28, 29 und 30 Jahren.

«Die Festnahme verlief problemlos, niemand wurde verletzt», sagt Simon Kopp, Sprecher der Staatsanwaltschaft. «Es laufen noch Abklärungen, ob die mutmasslichen Täter für weitere Delikte in Frage kommen.» Die fünf Männer befinden sich in Untersuchungshaft. Die Untersuchungen führt die Staatsanwaltschaft Sursee. Die Beute konnte nicht sichergestellt werden. (sma)